

Das „Vorwort“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., für vorwärts zahlbar, was der Bezahlung selbst entspricht 8,50 M. Für Vorwärts bezug schenken sämtliche Verleger die Bezahlung entgegen. Unter Berücksichtigung des Bezugs für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Preis für Porto-Zuschlag per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Abnahme, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 104.

Die achtspaltigen Kompatibilitätstabelle über deren Raum kostet 2,- M., einschließlich Freimarkenszuschlag. Klein-Anzeigen: Das langgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Freimarkenszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif-Familien-Anzeigen und Einzel-Anzeigen 2,50 M., ausser von Zeitl. Geschäfts-Belegungen 1,- M., das langgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2845, 4518, 4803, 4835, 4848, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Gesundheitszustand der Berliner Schulkinder

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich der größte Teil der Ärzte stillschweigend der Forderung, nichts über den Stand unserer Volksgesundheit zu veröffentlichen, fügte, ja, daß viele, wie z. B. Prof. Boas, sich bereit fanden, öffentlich zu erklären, daß eine Beeinträchtigung unserer Volksgesundheit durch die Einschränkung der Lebensmittel nicht zu befürchten sei.

Bei solch allgemein herrschenden Anschauungen war es daher nicht weiter verwunderlich, wenn auch die Gutachten der Berliner Schulärzte, die zwar nie gewohnt waren, den Gesundheitszustand der Berliner Gemeindeglieder mit allzustrengem Maßstab zu messen, während des Krieges jeder ärztlichen Gewissenhaftigkeit Hohn sprachen. Noch am 2. Dezember 1917, also nach fast 1 1/2-jähriger Kriegsdauer sandte der Vorstand des Ärzteauschusses von Groß-Berlin ein Zirkular an die Berliner Ärzte, in dem zu lesen stand: „Schulärzte haben einwandfrei festgestellt, daß die erste Jugend keine gesundheitliche Schädigung gegen früher erkennen läßt, und die Kindersterblichkeit zurückgegangen ist.“ Der Zusammenbruch vom November 1918 erst bewirkte es, daß sich die Ärzte mit unabhängigen Urteilen hervorwagten, und all die Gutachten, die von ärztlicher Seite seither veröffentlicht wurden, legen in erschreckender Weise dafür Zeugnis ab, in welaß hohem Maße die durch den Kriegswahnsinn der bestehenden Klassen hervorgerufene schwierige Ernährungslage den Gesundheitszustand und die Entwicklung der Jugend unangenehm beeinflusst haben. Erklärte doch z. B. bereits am 2. Dezember 1918 der bedeutende Kinderarzt, Prof. Dr. Czerny, daß mehr als an Säuglingen die Folgen der Ernährungsschwierigkeiten an größeren Kindern in Erscheinung treten.

Wie sehr sich die Folgen der Unterernährung und der mangelnden Pflege während des Krieges gerade bei der heranwachsenden Jugend geltend machen, und wie sehr durch die verderbliche Kriegspolitik der bürgerlichen Parteien, die den Krieg bis zum Weißbluten fortführen wollten, an der Volksgesundheit ein nie wieder gut zu machender Schaden angerichtet worden ist, zeigt der jetzt erschienene Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1918/19, der vom Medizinalkomitee der Stadt Berlin zusammengestellt worden ist.

Der Bericht enthält neben einem allgemeinen Bericht und einer Tabelle über die zurückgestellten und über die in Ueberwachung genommenen Schulanfänger Auszüge aus 29 Einzelberichten von Schulärzten — Berlin hat 50 Schularztbezirke, die durchweg nur ungünstige Urteile bringen, und die insbesondere soweit sie die Ernährungslage betreffen, ganz anders lauten als die Berichte aus dem vorhergehenden Jahre.

So berichtet Schularzt Dr. Bernhard, der noch im vorhergehenden Jahre geurteilt hatte, daß der Gesundheitszustand der Kinder im Berichtsjahre recht befriedigend gewesen sei und sich eine wesentliche Verschlechterung des Ernährungszustandes im allgemeinen nicht habe feststellen lassen, berichtet jetzt: „Der Gesundheitszustand der Kinder stand unter der Einwirkung der Hungerblockade. Mühte ich mich im vorigen Jahresberichte mitteilen, daß der Ernährungszustand sich wesentlich verschlechtert habe (?), so ist dies im vergangenen Jahr in erhöhtem Maße der Fall gewesen. . . . Mangel an Eisen und Fettmaterial haben einen üblen Einfluß auf die Reife der Kinder gehabt. Hauterkrankungen sind dadurch entstanden und bestehende schwerer zu beseitigen gewesen.“ Dr. Julius Rau berichtet jetzt: „Wenn man sich bis dahin freuen konnte, daß eine Einwirkung der Blockade auf das Aussehen und die Konstitution der Schulkinder wenig zu bemerken war, so begann jetzt diese Wirkung von Woche zu Woche sichtbar zu werden. . . . Bei einem großen Teil wurde immer offenkundiger, was die lange Unterernährung an nicht mehr zu machendem Schaden angerichtet hatte. . . .“

Ähnliche Auffassungen treten in all den anderen Gutachten zutage, die über den Ernährungszustand berichten. Schularzt Dr. Hahn: „Schon das Kleutere vieler Kinder war gegen die Friedenszeit wesentlich vermindert. . . . Zahllose Kinder gingen darzuf. . . . Der Ernährungszustand der Kinder, besonders der jüngeren, ließ durchweg sichtbar nach. . . .“ Dr. Landsberger: „Die Kinder sind unterernährt und machen oft den Eindruck als seien sie zwei Jahre in der Entwicklung zurückgeblieben.“ Dr. Kändler: „Blutarme und Nerven schwache kamen reichlich zur Behandlung. Es scheint mir, als ob die mangelhafte Ernährung, besonders das Fehlen der Milch zu ihrer Entstehung beiträgt und den hartnäckigen Verlauf bedingt.“ Dr. Hülster: „Die Bedrängnisse des Krieges warfen ihre Schatten ganz besonders auf die körperliche Entwicklung der Kinder. Wegen der schwierigen Lebensverhältnisse litten sie unter Körperschwäche, Blutarmut und Skrophulose.“ Charakteristisch ist das Urteil des Schularztes Dr. Grünbaum, das wie eine Poststation der Tatsache klingt, wie sehr die Ärzte vor der Revolution in ihrem Urteil beeinflusst waren: „Der Ernährungszustand ist, wie zu erwarten war, und wie man wohl ohne Sagen (!) sagen darf, bei den Kindern immer schlechter geworden.“

Gegen die Zerstörung des Wirtschaftslebens!

Gegen Chauvinismus und Nationalbolschewismus!

Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist die U. S. P. D. entstanden. Sie hat dem erobernden Kapitalismus die selbständige Politik der revolutionären Arbeiterklasse, dem Massenmord die internationale Solidarität des Weltproletariats entgegengestellt. Die U. S. P. D. hat alle Eroberungsabsichten bekämpft und ist für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten, den auch das revolutionäre Rußland verlangt hat. Nur ein solcher Friede wäre eine sichere Grundlage für die gemeinsame Kulturarbeit der Nationen und für den sozialistischen Wiederaufbau der Weltproduktion gewesen. Für die Wiedergutmachung der Schäden, die der deutsche Militarismus anderen Völkern zugefügt hat, ist die U. S. P. D. jederzeit eingetreten. Darum darf die U. S. P. D. mehr als irgend eine andere Partei sich auch gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Pariser Konferenz wenden.

Diese Forderungen des Entente-Kapitalismus gehen weit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinaus und sind deshalb unerfüllbar. Sie würden das deutsche Proletariat in ein noch größeres hoffnungsloses Massenelend stürzen. Sie würden nicht nur das deutsche, nicht nur das europäische, sondern das Proletariat aller Länder aufs schwerste treffen. Denn die Verelendung der deutschen Wirtschaft würde ihre Aufnahmefähigkeit für ausländische Produkte vermindern, dadurch immer neue Krisen und Arbeitslosigkeit überall hervorrufen. Der gezwungen übermäßig gesteigerte Export würde zugleich den ausländischen Industrien schwere Konkurrenz bereiten und dadurch die Herabdrückung der Löhne in Deutschland über die ganze Welt verpflanzen. Die Produktion in den einzelnen Ländern und damit die Produktion der ganzen Welt kann nur gesteigert und der Gütervorrat vermehrt werden, wenn die Arbeiter nicht der völligen Verelendung verfallen.

Die Forderungen des Entente-Kapitalismus sind nicht französisch oder englisch, sie sind kapitalistisch.

In ihnen enthüllt sich der schmutz- und bluttriefende Imperialismus, der während des Krieges und nach dem Kriege aus kapitalistischer Profitgier Berge von Leichen häuft. Die Erkenntnis wird erneut bestätigt, daß Gewalt und Ausbeutung nur im Klassenkampf der Arbeiter aller Länder beseitigt werden können. Die internationale Solidarität der Arbeiter verbietet, daß irgend eine Arbeiterklasse, in diesem Fall die deutsche Arbeiterklasse, durch die Kapitalisten irgend eines Landes, in ihrer Lebenshaltung tiefer herabgedrückt werden als die Arbeiter anderer Länder. Der Gewaltfrieden von Versailles kann nur überwunden werden durch internationale Aktionen der klassenbewußten Arbeiter. Gemeinsame Gefahr fordert gemeinsamen Kampf!

Der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus kann nur als selbständiger proletarischer Klassenkampf geführt werden.

Hier gibt es keine Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Klassen,

wenn es keinerlei Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Kapitalisten gibt. Das Geschrei der deutschen nationalistischen Kreise nach einer Einheitsfront entspringt nur den reaktionären Absichten auf Wiederherstellung des Militarismus und der Monarchie. Die Forderungen des Entente-Kapitalismus werden von den nationalen Parteien zu einer chauvinistischen Kriegsbegeisterung gegen den „Feindbund“ ausgenutzt. Sie erklären sogar die Entwaffnungsfrage für wichtiger als die Zahlungsfrage und suchen auf die Regierung einzuwirken, keine Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage zu machen.

Diese Kriegsbegeisterung hat im kommunistischen Lager Unterstützung gefunden. Schon im Reichstags-

Berlin, den 9. Februar 1921.

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

tag stellte der Sprecher der Kommunisten den nationalistischen Massenmörder Enver Pascha den deutschen Chauvinisten als Vorbild hin für einen Bund der „unterdrückten Völker“ mit den russischen Kommunisten und forderte den gemeinsamen Kampf. In München wurde diese kommunistische Parole weitergegeben. Dort riefen Kommunisten das nationalistische Jungdeutschland auf, sich mit dem Proletariat und mit Rußland zu vereinigen, den Friedensvertrag von Versailles zu zerschneiden, die Waffen nicht abzugeben, sondern mit den Kommunisten zu teilen und sich gegen den Entente-Kapitalismus zu erheben. Diese nationalbolschewistischen Treibereien haben unter dem Klassenbewußten Proletariat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Dadurch sah sich die kommunistische Zentrale gezwungen, durch eine unklare und fragwürdige Erklärung gegen ihre Parteiführer in München die wahren Bestrebungen der kommunistischen Führer zu verschleiern. Die Kommunisten in München haben die Ausführung der Parole ihres Parteivorstandes gar zu plump getrieben. Die nationalbolschewistische Propaganda wird aber nur gefährlicher im Zwielicht eines parteipolitischen Demagogentums. Das Verhalten der Kommunistenführer in München entspricht genau dem Bündnis der russischen Kommunistenführer mit Enver Pascha und dessen Erhebung zum Vorbild für deutsche Nationalisten.

Den chauvinistischen wie den nationalbolschewistischen Kriegstreibern tritt die Unabhängige Sozialdemokratie mit fester Entschlossenheit entgegen.

Die Frage der Entwaffnung darf zu keinerlei neuen Schwierigkeiten oder Konflikten führen. Handelt es sich doch um die Entwaffnung der deutschen Konterrevolution, um die Entwaffnung aller offenen und versteckten militaristischen Keimzellen, um die Frage der radikalen Vernichtung aller nationalistischen Machtpläne. Neue Kriege würden neue Sieger und Besiegte und neuen Gewaltfrieden schaffen.

Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie ernste und gründliche Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen führt. Sie hat dabei die Pflicht der Wiedergutmachung anzuerkennen. Das deutsche Volk muß verlangen, daß es dauernd über alle Vorgänge sofort und ausreichend unterrichtet wird. In der Außenpolitik Deutschlands muß endlich alle Geheimdiplomatie aufhören. Die deutsche Außenpolitik muß in den Dienst der wirtschaftlichen Bedürfnisse der breiten arbeitenden Massen gestellt werden. Nur dann wird sie der Annäherung und Versöhnung dienen.

Die U. S. P. D. fordert ihre Parteimitglieder auf, gegenüber den deutschen nationalistischen und nationalbolschewistischen Treibern die klare revolutionäre Arbeiterpolitik der Partei zu vertreten. In der äußeren wie in der inneren Politik gilt es gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen und für die Verwirklichung des Sozialismus zu kämpfen.

Die Wahlkämpfe in Preußen, in Mecklenburg, in Hamburg und Bremen müssen mit aller Energie ausgenutzt werden, um die Grundzüge der U.S.P.D. in weitere Volkskreise zu tragen.

Diese Wahlkämpfe, grundsätzlich geführt, werden unserer Bewegung neue überzeugte Anhänger und Mitkämpfer bringen. Nur die klare Politik der U. S. P. D., die sich mehr und mehr national und international durchsetzt, kann das sozialistische Ziel verwirklichen: alle Völker von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien!

Ein sehr ungünstiges Bild über den Gesundheitszustand der jüngeren Kinder bietet auch die Tabelle über die Zurückstellung und Ueberwachung der Schulanfänger. In den 50 Schularztbezirken wurden von 24 392 zwecks Einschulung untersuchten Schulanfänger 1919 zurückgestellt, 4201 Kinder in Ueberwachung genommen; besonders häufig mußte die Zurückstellung wegen ungenügenden Kräftezustandes erfolgen. Im Gegensatz hierzu, mutet es recht sonderbar an, wenn man in dem gleichen Jahresbericht von den Berichten der Direktoren der Berliner Gemeindeglieder liest, die auf Umfrage im Herbst 1918 nach dem Einfluß der Ernährungsschwierigkeiten auf den Gesundheitszustand der Schulkinder erfolgt sind. Von insgesamt 333 eingegangenen Berichten

äußerten sich 171 dahin, daß der Gesundheitszustand nicht beeinträchtigt worden sei. 135 Berichte stellten eine mehr oder weniger bemerkbare Beeinträchtigung fest, während 27 Berichte so unbestimmt lauten, daß sie sich weder der einen noch der anderen Gruppe zuweisen ließen. Ein ähnliches Ergebnis hatte bereits die im Januar und März-Juni 1917 und März-Juni 1918 erfolgten Umfragen gehabt, ein deutlicher Beweis für den Geist, der auch die Berliner Gemeindeglieder beherrscht. Treten jetzt erst Lehrer wie Ärzte mit ihrer wahren Meinung über die Gesundheit der Schulkinder in die Öffentlichkeit, so müssen sich die Proletarier und insbesondere die proletarischen Mütter bewußt bleiben, daß es die Folgen des Krieges sind, die so verderblich auf den Gesundheitszustand ihrer Kinder eingewirkt haben. Sie

müssen am 20. Februar den Parteien, die die Verantwortung für die Kriegspolitik tragen, die rechte Antwort geben und für die Unabhängige Sozialdemokratie stimmen, die als einzige Partei den Kriegswahn stets bekämpft hat.

Die bayrische Sonderaktion

Die „Telunion“ meldet aus München folgende amtliche Verlautbarung:

Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen, sowohl im Ministerrat wie im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stand für Bayern naturgemäß die durch die Pariser Note der Alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der Entlassung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Fraktionen eine Lebensfrage bedeutet. Die bayrische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der Alliierten Mächte niemals außer acht gelassen. So oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage prüfte, wurde er bis heute stets unverändert festgehalten. Auch bei neuerlicher Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und den bisherigen Vorschlägen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge um den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden kann, und daß die gleichen Gründe, die von Anfang an das notwendig machten, ungezwungen weiter bestehen. Die Einheit des Reichs steht für alle Beteiligten dabei außer Frage. Separatistischen Neigungen ist während der ganzen Verhandlungen von keiner Seite auch nur ein Augenblick Raum gewährt worden. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird Donnerstag vormittag erfolgen.

Run wissen wir doch wenigstens, woran wir sind. Die offiziös mitgeteilte Uebereinstimmung in allen Fragen war eine grobe Fälschung der Öffentlichkeit durch die Reichsregierung, die sich jetzt von der Münchener Kahrregierung desavouieren lassen muß.

Diese bayrische Sonderaktion, die die schwersten außenpolitischen Gefahren für das Reich darstellt, ist zugleich ein treffender Beweis für die Hohlheit der Phrase von der nationalen Einheitsfront. Die bayrischen Nationalisten und Reaktionen geben kein Tipfelchen von ihrem Standpunkt preis, unbedünnter darum, ob sie ihr Land und das ganze deutsche Volk aufs Schwerste schädigen.

Die Reichsregierung kann sich beglückwünschen zu der Saat, die sie geerntet hat. Sie hat bisher alle Maßnahmen der bayrischen Regierung, die den Entwaffnungsforderungen der Entente zuwiderstehen, unterstützt. Sie hat die ganze reaktionäre Politik der Kahrregierung stets ermutigt. Sie hat alle Warnungen, die besonders von unserer Seite erhoben wurden, in den Wind geschlagen. Mag sie sehen, wie sie mit ihren ungebärdigen Genossen fertig wird.

Vorbereitung der deutschen Gegenanschläge

Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschädigungsfrage im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenanschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschädigungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt. Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Morgen aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz-, der Landwirtschaft, Seefischerei und der Arbeitnehmer an.

Hindenburg, Ludendorff und Stinnes in Bremen

Die Arbeiterschaft protestiert gegen den nationalistischen Rummel

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Bremen, 9. Februar.

Gestern trafen Hindenburg und Ludendorff mit anderen Militärs und ferner Hugo Stinnes in Bremen ein, um am Stapellauf eines mit dem Namen Hindenburg versehenen Frachtdampfers der Firma Stinnes auf der Vulkanwerft in Vegesack teilzunehmen. Vor dem Hotel in Bremen, in das viele erlauchte Gesellschaft eingeladen war, spielten sich die widerlichsten Szenen deutschnationaler Stimmungsmache ab. Gestern und heute, seit diese militärischen und kapitalistischen Repräsentanten des neuen Deutschland in Bremen wessen, haben Tausende und Abertausende durch die bürgerliche Presse neugierig gemachte Spießbürger und Nichtswur, vor allem natürlich die Schüler und Schülerinnen der höheren Unterichtsanstalten von morgens früh bis abends spät vor dem Hotel patriotische Lieber gesungen und sich wie toll gebärdet, wenn einer der beiden Väter des Massenmordes auf dem Balkon oder an dem Fenster erschien. In einer Ansprache eines Oberprimars wurde ganz im Sinne Ludendorffs die Zurückeroberung der Ostmark, Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens, wenn es uns verloren gehen sollte, gefordert, ein deutscher Beweis für die Wiedergewinnung der Hauptnährstoffe in Deutschland. Zur patriotischen Stimmungsmache und Parade führten Hindenburg und Ludendorff danach im Auto in Bremen spazieren und machten so deutschnationalen Kellame. Ganz wie vor und während des Krieges glaubte der reaktionäre bremische Senat, noch abendreich die Schulen schließen zu müssen. Es wurde also auch von der Regierung am Hindenburgrummel nach Kräften mitgewirkt.

Gegen diese nationalistische Wanstade, die durch ihre Ausschüß geradzu provozierend wirkte, hat die Werftarbeiterchaft des Begelader „Vulkan“ dadurch protestiert, daß sie die Werft geschlossen verließ, als die militärischen und kapitalistischen Direktoren die Werft betraten, um den Stapellauf zu vollziehen. In Bremen war die Arbeiterschaft auch sofort auf dem Balkon und hat heute nachmittags spontan eine Demonstrationssammlung unter freiem Himmel abgehalten, an der viele Tausende Protestierer teilnahmen und in der diese widerliche Hindenburg-Mastade eine deutliche Abfolge fand. Gegen die Kapitalistenklasse der Entente, die es auf Deutschlands Ausbeutung abgesehen hat, aber in erster Linie auch gegen die Kapitalisten und Nationalisten im eigenen Lande, die von Tag zu Tag frecher und provozierender auftreten, das war der Leit-

gedanke einer Resolution, die von den Demonstranten einstimmig angenommen wurde. Für den nationalistischen Rummel, der zur Verleumdung der Gegenläufe benutzt wird, ist bei der Bremer Arbeiterschaft kein Boden.

Der Patriotismus der ober-schlesischen Kapitalisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Kattowitz, 9. Februar.

In der Versammlung in Oberglogau, in der Graf Oppersdorf sein polnisches Herz entdeckte, hat auch der Generaldirektor der Ziele-Winkler'schen Werke eine Haltung gezeigt, die ihn würdig neben den Grafen Oppersdorf stellte. Schon damals machte es einen festlichen Eindruck, daß die bürgerliche Presse das eigenartige Auftreten des Generaldirektors Schapper so schamhaft verschwiegen. Jetzt verbreiten die deutschen offiziellen Stellen eine Erklärung, in der Herr Schapper gerechtfertigt werden soll. Die ober-schlesischen Arbeiter werden sich aber durch solche Schandzettel nicht irreführen lassen. Der Kampf zwischen dem ober-schlesischen Kapitalismus und der Arbeiterschaft, der nach der Volksabstimmung mit größter Schärfe einlehen wird, zwingt die Arbeiter schon heute, die moralische Qualitäten der Herren festzustellen, die sich später wieder das alleinige Recht auf die ober-schlesischen Bodenschätze anmaßen werden. Die Arbeiterschaft, von der man heute in tausenden von Aufrufen und Plakaten die Stellungnahme für Deutschland fordert, wird sich dann daran erinnern müssen, wo die Herren waren, die einst die alleinigen Pächter patriotischer Interessen zu sein vorgaben. Jetzt steht fest, daß die Haltung des Generaldirektors Schapper seit langem eine höchst zweifelhafte ist. Seine engen Beziehungen zum Grafen Oppersdorf sind bekannt. Bis zum heutigen Tage hat der Graf Ziele-Winkler seinen Generaldirektor weder entlassen, noch desavouiert, so daß er also mit seiner polenfreundlichen Haltung sich einverstanden erklärt.

Die ober-schlesische Abstimmung

Verlängerung der Einspruchsfrist

Wie offiziös mitgeteilt wird, hat die Interalliierte Kommission in Opatowitz die Frist für Einsprüche gegen Ablehnung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar abends 6 Uhr, in Oberschlesien eingehend, verlängert. Es ist hiernach erforderlich, daß die Ortsgruppen der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 18. Februar auf dem üblichen Wege zur Ablehnung bringen. — Wer nicht bereits eine von dem paritätischen Ausschuss unterstempelte Mitteilung über seine erfolgte Eintragung in die Stimmliste erhalten hat, muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe melden und Einspruch erheben, desgleichen diejenigen, denen Ablehnungen oder bloße Empfangsbestätigungen zugegangen sind. Wer nicht Einspruch erhebt, verliert das Stimmrecht.

Waffenfunde in Berlin-Westend

Der Schieber ist entflohen!

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Im Zusammenhang mit den Ermittlungen über das Bakelmannsche Rotwehregiment hatte das Polizeipräsidium Ende November vorigen Jahres auch den Beweis für das Bestehen einer Berliner Eschler-Organisation, des sogenannten Berliner Heimatverbandes“ erbracht. Näheres über Aufbau und Wirksamkeit dieser Eschler-Organisation, und insbesondere über ihre etwaige Bewaffnung ließ sich damals nicht feststellen. Ermittlungen der letzten Tage haben jetzt ergeben, daß der Berliner Heimatverband tatsächlich über Waffen verfügt. Es wurden nämlich am 5. Februar in der Frankfurter Allee zu Westend etwa 40 Maschinengewehre, 40 000 Schuß Munition, sowie einige Karabiner polizeilich beschlagnahmt, und nach den getroffenen polizeilichen Feststellungen sind diese Waffen von einem der Gründer und Leiter des Berliner Heimatverbandes, dem Gerichtsassessor Dr. Hans Joachim Heyl, Charlottenburg, Berliner Straße 49, zusammen mit mehreren anderen Angehörigen des Heimatverbandes, nach Westend verbracht worden. Die Ermittlungen über die Herkunft der Waffen sind noch nicht abgeschlossen. Heyl und Genossen haben sich nach der Verurteilung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 sowie nach § 13 des Reichsentwaffnungsgesetzes vom 7. August 1920 strafbar gemacht. Heyl selbst ist flüchtig. Jagdungsmaßnahmen gegen ihn sind im Gange.“

Man wird den Orgeschreiber natürlich nicht finden!

Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen!

Die Berliner „Rote Fahne“ bespricht, daß die bisherigen Redakteure Wilhelm Herzog und Hommes auf Veranlassung der Parteileitung von der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ zurückgetreten sind. Sie erklärt, daß dieser Austritt „auf eigenen Wunsch“ erfolgt ist. Das erinnert uns an einen Satz, den Wilhelm Herzog vor Halle in der „Hamburger Volkszeitung“ über die U.S.B. geprägt hat. Er schrieb damals: „Man muß zur rechten Zeit zu sterben wissen“. Es will uns scheinen, als habe Wilhelm Herzog dieser Satz geleitet und ihn bestimmt, den Wunsch eigenen Sterbens zu fassen, um so dem fernen Todesstich der Berliner Zentrale zuvorzukommen. Da im übrigen Wilhelm Herzog bekanntlich ein höchstes Erinnerungsvermögen für das Bekannte, was er gestern geschrieben und gesprochen hat und auch im allgemeinen eine große Klugheit besitzt, um das, was er schreibt und tut, so ergänzt diese Uebereinstimmung aufs glüklichste das Charakterbild dieses politisierenden Literaten.

Deutsches Gold nach Frankreich. Zu der auch in unserer Dienstag-Abendausgabe gebrachten Mitteilung des „Matin“, daß 24 Tonnen Gold von Deutschland nach Frankreich transportiert worden sind, wird von zuständiger Stelle folgendes berichtet: Die Nachricht ist richtig, es handelt sich hierbei um zwei Golddepots der dette publique ottomane in Höhe von 60 Millionen Mark Gold, die auf Grund des Friedensvertrages den allierten Regierungen zu übereignen waren. Die Uebereignung ist erfolgt, nachdem die dette publique ottomane ihre Zustimmung erklärt hat. Der Goldbestand der Reichsbank wird durch die Ueberführung der beiden Golddepots nach Paris nicht vermindert.

Das Entwaffnungsergebnis im Januar. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwaffnung beträgt der Zugang an abgeleiteten, angekauften und beschlagnahmten Waffen im Monat Januar: 18 Geschütze, 188 Maschinengewehre, 9413 Gewehre, 258 Revolver und Pistolen, 2988 Handgranaten. Von den angekauften Waffen der Organisationen sind bisher 371 233 Gewehre eingeschossen.

Reaktionäre Beschränkung. Die deutsche Volkspartei und die deutschnationale Volkspartei stellen, wie die „Königsberger Abg. Ztg.“ erklärt, für die kommende Landtagswahl gemeinsame Listen auf.

Kuropatin tot. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London meldet ein Funkpruch aus Moskau den Tod Kuropatins. Kuropatin war russischer Oberkommandierender im russisch-japanischen Krieg.

Die Ergebnisse der Pariser Konferenz

Fortsetzung der französischen Kammerdebatte

Paris, 9. Februar.

In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer wurde die Interpellationsdebatte fortgesetzt. Zuerst ergreift das Wort der Berichterstatter des Finanzausschusses de Laforetie. Nach seiner Ansicht müsse man anerkennen, daß der Ministerpräsident unter besonders schwierigen Umständen verhandelt habe, da die Politik Frankreichs in der Entschädigungsfrage schwanken und gemittelt sei. Nachdem man geschrieben habe, Deutschland werde alles zahlen, habe man einsehen müssen, daß es nicht genüge, diese Behauptung aufzustellen. Man habe mit den Verbündeten von „Forfait“ gesprochen. Wer aber Forfait sage, meine damit Nachlaß. In politischer Beziehung bedeute das Pariser Abkommen einen Erfolg, weil die alliierte Front gegenüber Deutschland wiederhergestellt wurde, das den Versuch gemacht habe, die Alliierten zu veruneinigen. In finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse nicht so befriedigend. Lardieu rufe zwar „führen wir den Friedensvertrag aus!“, der Vertrag aber sei ein ziemlich mangelhaftes diplomatisches Instrument. Aber, er sei eben vorhanden. Die Reparationskommission habe ihre Rechnung noch nicht aufgestellt. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, haben den Schaden an Personen und Sachen auf zweihundert Milliarden geschätzt zu einer Zeit, zu der von Beschleßern noch nicht die Rede gemeldet ist. Das Abkommen von Paris bedeute ein Opfer Frankreichs. Wenn man einen Diskont von sechs Prozent berechne, könne man den Anteil, den Frankreich erhalten werde, auf rund fünfundsiebzig Milliarden berechnen. Wenn man bedenke, daß der französische Handel wesentlich gestiegen sei, und zwar von vier Milliarden auf zweiundzwanzig Milliarden, müsse man annehmen, daß auch der deutsche Außenhandel in gleichem Maße in die Höhe gehen werde.

In Frankreich gebe es keine Imperialisten. Aber man wolle doch wissen, ob Deutschland zähle. 1871 hätten die Deutschen als Sicherheitsleistung für die Zahlung territoriale Opfer genommen. Lardieu ruft: Wenn Deutschland die Vertragsklauseln nicht ausführe, werde die Besetzungslinie verlängert, de Laforetie fährt fort: Wenn Deutschland in den ersten 15 Jahren seine Annuitäten bezahlt habe, hat es damit schon die Klauseln ausgeführt? Der Abgeordnete ergreift dann in Betrachtungen über die „Prospektivität der deutschen Industrie“ und über das angebliche „Märchen des Eisens“ in Deutschland. Deutschland habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, Frankreich 700 000 bis 800 000 Mann. Sie seien in den Kasernen, anstatt in den Fabriken und auf dem Felde. Der Abgeordnete sagt, die Sachverständigen in Brüssel hätten als Zahlungsfähigkeit Deutschlands drei Milliarden-Jahresschulden abgeschätzt. Jetzt sehe man nur zwei Milliarden vor. Minister Louchur ruft: Für fünf Jahre sehen wir 19 Milliarden vor. Die Sachverständigen sprachen nur von 15 Milliarden.

de Laforetie verlangt Aufklärung darüber, ob die 20 Milliarden Goldmark erster Zahlung von der Gesamtschuld abgezogen würden. Finanzminister Doumer erwidert, diese 20 Milliarden Goldmark seien eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu Lasten Deutschlands gingen, besonders für die Unterhaltung der Besatzungstruppen. Der Abgeordnete Puchet ruft dazwischen: „Das hätte in dem Abkommen vorgelesen werden müssen!“ de Laforetie will auch Aufklärung haben über die Naturalleistungen Deutschlands und über die Lieferung von Holz, Kohlen und chemischen Produkten. Er befürchtet, daß Frankreich große finanzielle Schwierigkeiten in den nächsten Jahren haben werde. Der Finanzminister müsse ein vollkommenes Programm aufstellen. Deutschland müsse internationale Anleihen aufnehmen und Frankreich müsse ein Abkommen mit seinem Militärwesen über die Stillmachung der deutschen Schuld treffen. Nach dieser Richtung genüge das Abkommen von Paris nicht. Während des Krieges oder vor 18 Monaten hätte man denartige Verhandlungen leichter erzielen können. Sowohl Klotz als auch Ministerpräsident Briand bestätigen, daß die Erzielung der finanziellen Solidarität Schwierigkeiten gemacht habe und noch mache. Briand namentlich sagt, 1916 habe eine wirtschaftliche Konferenz stattgefunden. Er habe damals den Grundgedanken der Solidarität erzielt. de Laforetie beendet seine Rede, indem er ausführt, er habe Vertrauen zu Briand, daß er die Interessen Frankreichs verteidigen werde.

André Lefebvre erklärt, die Entscheidungen, die über die Entwaffnung in Paris getroffen wurden, bestätigten was er längst in der Kammer gesagt habe. Nach seiner Ansicht hätte man nach dem Abkommen von Boulogne 41 180 000 000 bekommen, nach dem Abkommen von Paris erhalte man 33 282 000 000. Die Ausfuhrertritte von 25 Milliarden, die Louchur angegeben habe, scheine ihm übertrieben, aber man stehe doch vor dem Paradoxon, daß Deutschland entweder prosperiere, so daß es fähig sei, für 25 Milliarden jährlich auszuführen, oder Deutschland führe nicht aus, dann könne es eben nicht bezahlen. Man dürfe keine Politik der Schwäche betreiben, denn diese führe notwendigerweise zum Kriege. Wenn Deutschland nicht bezahle, dann müsse man dort die Hälfte des Wertes des französischen Handels suchen, und das sei kein einfacher militärischer Speerzang. Wenn man aber nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezahlen. In Deutschland zeige sich schon jetzt eine Solidarität der Interessen bei allen Klassen der Bevölkerung. Sie wollten nicht bezahlen. In Frankreich aber gebe es eine Solidarität der Klassen, damit man bezahlt werde. Lefebvre beglückwünscht den Ministerpräsidenten, daß er sich nicht gebunden habe, und daß er vor das Parlament gekommen sei, bevor er Verpflichtungen übernommen habe, namentlich in betreff des Vertrages von St. Germain. Ministerpräsident Briand sagt: Beweisen Sie nicht meine Aufgabe. Sie haben an der Regierung teilgenommen, die diesen Vertrag ausgearbeitet hat. Jetzt wird man in London darüber verhandeln. Mehr könne er darüber nicht sagen. Lefebvre schließt: Die Welt müsse wissen, daß das französische Parlament und Frankreich nicht geneigt seien, alles mit verbundenen Augen hinzunehmen.

Der Abgeordnete Forquet erklärt, daß nach seiner Ansicht der Vertrag von Paris den Vorteil habe, mit der Unsicherheit zu brechen, die der Vertrag von Versailles geschaffen habe. Es sei ein Vorzug, daß nicht die Reparationskommission, sondern die Regierungen jetzt die Bistren festgesetzt hätten.

Neutrale Truppen für Wilna

Laut Stockholmer „Sozialdemokraten“ hat die Sowjet-Regierung nach mehrmaligen Beratungen sich damit einverstanden erklärt, daß Militärkontingente neutraler Staaten für die Ordnung im Wilnaer Abkommungsgebiet sorgen. Englische und französische Truppen würde die russische Regierung im Wilnaer Gebiet nicht dulden. Dagegen würde man in Moskau keinen Einspruch erheben gegen die Entsendung amerikanischer und italienischer Truppen.

Polnische Präsidentschaftswahl. Der Sejm nahm den Artikel 38 der polnischen Verfassung an, wonach die Wahl des Präsidenten der polnischen Republik durch allgemeine Volksabstimmung nach deutschem oder amerikanischem Muster abgelehrt, dagegen der französische Wahlmodus durch Zutritt beider Kammern stattdessen wird. Dieses Abstimmungsergebnis entspricht dem Wunsch der Rechten, die ja bereits auch in der Frage der ersten Kammer einen Erfolg davon getragen hat. Dessenungeachtet dürften die Rechtsparteien in der Praxis die von ihnen erstrebte Verhinderung der Wahl Bisubstis zum Präsidenten kaum erreichen, da sie ihm seiner einigermaßen namhaften Gegenstände dazue entgegenzustellen haben.

Armenische Delegation für London. Für die Konferenz von London hat nach einer Mittheilung der armenische Nationalrat einen Delegierten ernannt.

Die Krise in den Gemeindebetrieben

Schiedspruch des Schlichtungsausschusses

Vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin wurde heute folgender Schiedspruch gefällt:

Die Stadt Berlin wird für verpflichtet erklärt, rückwirkend vom 1. November 1920 ab den bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen einen 15prozentigen Zuschlag auf den Grundlohn und den bei ihr beschäftigten Angestellten einen 15prozentigen Zuschlag auf das Grundgehalt zu gewähren. Die minderwertigen männlichen Arbeiter sollen 2 M. pro Stunde, die minderwertigen Frauen 1,50 M. pro Stunde vom 1. November 1920 ab als Lohn erhalten.

Die bereits auf die Zuschläge gezahlten Vorküsse sind anzurechnen.

Ausgenommen von den Zuschlägen sind nur die Jugendlichen. Diese sind jedoch nicht verpflichtet, auf die Zuschläge erhaltene Vorküsse zurückzahlen.

Die den in Kost und Logis befindlichen Arbeitnehmern für Kost und Logis abzugebenden Beträge sind zwischen dem und Logis und den Betriebsräten unter Hinzuziehung der Organisationen zu vereinbaren. Es wird den Parteien aufgegeben, bis zum 1. März 1921 die jetzigen Betriebe festzustellen, in denen Schwerarbeit geleistet wird.

Den daselbst beschäftigten Arbeitern ist vom 1. November 1920 ab ein Zuschlag von 10 Pfg. zu gewähren, soweit sie nicht bereits einen solchen in ihrer Eigenschaft als Schwerarbeiter erhalten haben. Hinsichtlich der Lohnbeihilfen und aller Vorschriften der Ergänzungsbestimmungen, soweit sie nicht besonders geändert sind, bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Die Elektrizitätsarbeiter erhalten während der Dauer des 6. Lohn tariffs die erhöhten Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeiten in Höhe von 25 bzw. 50 Prozent. Für Elektrizitätsarbeiter, die am 1. März 1921 oder später eintreten, gelten die regelmäßigen Zuschläge von 8 bzw. 25 Prozent.

Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit. Kündigung kann nur zum Schluss eines Kalendermonats unter Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist erfolgen.

Geheimrat Dr. Delius, Regierungsrat Dr. Ahrens,

Geschäftsführer Dr. Oppenheim,

Schlichtungsausschuss Groß-Berlin.

Der Schlichtungsausschuss tagte unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen. Oberbürgermeister Boek war selbst erschienen und er polemisierte unter Darlegung der schlechten Finanzen der Stadtgemeinde Berlin in längeren Ausführungen gegen die Forderungen der Arbeiter. Der Standpunkt der Arbeiter wurde von dem ersten Vorsitzenden der Ortsverwaltung Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Polenske, vertreten. Durch die Entschcheidung des Schlichtungsausschusses sind fast alle Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Gegen den Spruch des Schlichtungsausschusses kann Berufung bei dem Demobilisierungskommissar eingelegt werden, der nach abermaliger Verhandlung mit den Parteien den Spruch für verbindlich erklären oder die Verbindlichkeitsklärung ablehnen kann. Zunächst werden die Arbeiter und der Magistrat selbst zu der Entscheidung Stellung nehmen müssen.

Die Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahnen

Der Ausschuss zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn beendete gestern seine Beratungen. Er beschloß, folgende Vorschläge den Fraktionen und der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten:

1. Der Magistrat wird ersucht, baldigst die Vorbereitungen für die Einsetzung einer endgültigen Direktion zu treffen.

2. Angestellte und Arbeiter sind systematisch zum wirtschaftlichen Denken zu erziehen, da durch rationellere Arbeitsmethoden Ersparnisse zu erzielen sind.

3. Die Hauptwerkstatt in der Uferstraße ist dringend verbesserungsbedürftig. Das Materiallager ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten.

4. Der Tarifvertrag mit den Arbeiterorganisationen vom 1. Juni 1920 bedarf einer gründlichen Revision, insbesondere die Abzüge 9 (Bezahlung der Wochenfeiertage), 11 (Krankentage), 12 (Urlaub), 13 (Lohnzahlung für die Zeit, in der nicht gearbeitet wird). Der durchgeführte Abschlußvertrag ist im Zusammenhang mit hygienischen Verbesserungen wieder zur vollen Durchführung zu bringen. Die Aufgaben der Betriebsräte sind auf die ihnen nach dem Betriebsrätegesetz zustehenden Befugnisse zu beschränken.

5. Die Reichsverkehrssteuer, die jetzt 6 Prozent des Bruttoertrages ausmacht, muß beseitigt werden.

6. Die dem St. E. W. jetzt zu zahlenden Strompreise sind zu hoch und müssen auf die Selbstkosten des St. E. W. beschränkt werden.

7. Eine Erhöhung der Straßenfahrpreise ist angesichts der gestiegenen Löhne und Materialpreise nicht zu vermeiden. Jegliche Ermäßigungen des Fahrpreises, sowie Begünstigungen einzelner Bevölkerungskreise dürfen nicht auf Kosten der Straßenbahn erfolgen.

8. Eine umfassende Erneuerung der durch den Krieg heruntergewirtschafteten Anlage ist nicht länger aufschiebbar. Sie kann durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckt werden. Zu ihrer Durchführung ist die Aufnahme neuer Kreditkurse notwendig.

Aufhebung des Achtstundentages

Verlängerte Arbeitszeit für die Beamten

Es wird gemeldet:

Das Reichskabinett hat kürzlich für die Regelung der Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen und die ihm übertragenen Arbeiten ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienstkundenzahl zu erledigen.

Die Dienzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit entsprechend zu erhöhen. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus dringlichen oder sachlichen Gründen eine solche Teilung unzumutbar erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretung festgelegt. Bei durchgehender Arbeit kann eine Frühstückspause bis zur Höchstdauer von einer halben Stunde gewährt werden. Für eine Ueberleistung der 48stündigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es wird angeordnet, die Tagesdienstzeit an ein und demselben Ort befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig zu regeln.

Alle bisher erlassenen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beamten, soweit sie mit obigen Richtlinien in Widerspruch stehen, sind aufzuheben.

Wir gestatten uns zunächst nur die beschriebene Frage, ob das Reichskabinett sich über diese Richtlinien für die Arbeitszeit der Beamten mit den Beamtenorganisationen beraten hat? Oder will man den Beamten zur Strafe dafür, daß sie eben durch eine größere Bewegung, die allerdings nur von den Elternbehörden getragen wurde, einige Gehaltserhöhungen erlangt

haben, jetzt hinterwärts längere Arbeitszeiten aufbürden? Schämt man im Reichskabinett die Beamtenorganisationen bereits so tief ein, daß man sie nicht mehr zu fragen braucht, nachdem die meisten und die größten von ihnen während der letzten Bewegung ihr Recht auf die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel so schmäht, sich im Stich gelassen haben?

Da wir nicht gewöhnt sind, von der Regierung eine Antwort auf solche Fragen zu erhalten, erwähnen wir, daß die Antwort ja auch durch die Beamtenorganisationen selbst erteilt werden könnte. Die werden wohl Bescheid wissen. Jedenfalls hat die Öffentlichkeit auch außerhalb der Beamtenkreise ein Interesse daran, zu erfahren, wie eine derartige Ueberforderung des Achtstundentagesgesetzes, in dem nicht steht, daß es für die Beamten nicht gelten soll, zustandekommt.

An die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins!

Am kommenden Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 Uhr, finden in folgenden Lokalen große öffentliche Volksversammlungen statt:

Walthalla-Theater, Weinbergweg,
Brachkäse des Vikens, Frankfurter Allee 48,
Kliems Festhalle, Hohenheide 13-15.

Tagesordnung: Das deutsche Proletariat und die letzten Forderungen der Entente.

Wir rufen die erwerbstätige Bevölkerung Berlins auf, zu dieser tief einschneidenden Frage Stellung zu nehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte! Sorgt für Massendruck dieser Versammlungen.

Bezirksverband der U.S.P.D. Berlin-Brandenburg
Der geschäftsführende Ausschuss

„Widerliches Volk“

Von den für die ganze Arbeiterbewegung einen Schandfleck bedeutenden Vorfällen in der Frankfurter Versammlung gibt die „Rote Fahne“ ihren Lesern in einer kurzen Notiz Kenntnis. Das Blatt sagt dazu, daß es darüber noch berichten werde, wenn die Darstellung ihrer Genossen aus Frankfurt vorliegt. Unabhängige Leute würden hinzugefügt haben, daß sie ihr Urteil über diese Vorfälle bis dahin zurückstellen würden. Nicht so die „Rote Fahne“. Sie knüpft jetzt schon eine ihrer lässlichen Schimpfereien daran und behauptet, daß wir „mit derartigen Hintertreppentomanen“ Wahlpropaganda betreiben wollten. „Es ist doch wirklich ein widerliches Volk“, so schließt die Notiz.

Gestern beschrie uns ferner Herr Fritz Hedert mit einem telefonischen Anruf, worin er behauptete, daß er nicht in der Frankfurter Versammlung gewesen sei. Wenn wir nicht, so fügte er hinzu, bis 6 Uhr abends unsere Mitteilung über seine Mitwirkung bei den Redaktionen widerrufen hätten, so würde er „uns ohreifeigen“.

Wir wollen weder zu diesen Beschimpfungen noch zu diesen Verdrehungen etwas sagen, sondern lediglich folgendes feststellen: Wir haben in unserem Bericht das Frankfurter „Volksrecht“ zitiert, dem von zahllosen Augenzeugen der Volhangriff auf Genossen Dikmann bestätigt worden ist. Der Berichterstatter der rechtssozialistischen „Volksstimme“ in Frankfurt hat den Vorfall in ähnlicher Weise dargestellt.

Daß die Sprengung von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht auf Zufall beruht, sondern planmäßig vorbereitet wird, das ist oft genug festgestellt worden. Wir erinnern nur an die Versammlung in Hamburg, in der Genosse Dittmann von kommunistischen Kadawelben blutig gefoltert wurde. Wir verweisen auf den Bericht in unserer gestrigen Abendausgabe über die Frauenversammlung in Lichtenberg, wo unsere Genossen allerdings dem Skandal ein vorzeitiges Ende bereiteten.

Man wird bezweifeln, daß wir mit solchen Agitationsmethoden nicht Schritt halten können. Schlagtrüge, Gummi knüppel, Trillerpfeifen, Feuerwerkskörper, Stinkbomben und Dolchmesser sind ohne Zweifel beweiskräftiger als alle Waffen des wissenschaftlichen Sozialismus, über die wir verfügen. Das haben wir unzählige Male in antisemitischen Versammlungen durchgemacht, wir hätten es uns freilich niemals vorstellen können, daß wir gleiche Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit Klassengenossen erleben würden.

Es ist wirklich ein „widerliches Volk“, aber fragt nur nicht wo!

Dichtscheue Akten

Ein hoher und hochwohlwieser Senat vertweigert die Einsicht

Der Senat der Berliner Universität nämlich. Gegen den früheren Senat hat Professor Nicolai wegen der schädigen Behandlung, die ihm in Anbetracht der Bierimpfungen zuteil geworden ist, einen Einspruch angebracht, wie wir seinerzeit berichtet haben. Der Einspruch war von der Staatsanwaltschaft unter Berufung auf die Akten des Senats zurückgewiesen worden, worauf der Rechtsbeistand Nicolais hat, die Akten einzusehen zu dürfen. Das wurde weder von der Oberstaatsanwaltschaft noch von der Generalstaatsanwaltschaft erlaubt, aber eine Beschwerde beim Justizministerium hatte den Erfolg, daß der Kultusminister mittelbar ließ, es bekünden keine Bedenken gegen die Einsichtnahme in die Akten. Darauf stellte der Generalstaatsanwalt die Einsichtnahme der Akten anheim, die sich beim Rektor der Universität befinden. Der Herr Rektor aber hat ein an ihn gerichtetes Gesuch auf Einsicht in die Akten abgelehnt, worauf der Rechtsbeistand Nicolais eine neue Beschwerde an den Kultusminister gerichtet hat.

Es ist sehr seltsam, daß der Senat der Universität Akten hat, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Es ist noch viel schlimmer, daß der Senat es nicht mag, jene Akten herauszugeben, in denen das Material enthalten ist, auf das sich sein eigenes Urteil gegen Nicolai, das die Entfernung des Geschworenen von der Berliner Universität zur Folge hatte, stützt. In dieses Material von einer Beschaffenheit, die einer Nachprüfung und Kritik durch den Rechtsbeistand Nicolais und durch die Öffentlichkeit nicht standhalten würde?

Deutschnationale Wahlpropaganda

Die Deutschnationalen verbreiten ein Flugblatt „Deutscher Arbeiter“, das an Gemeinheit und Verlogenheit nicht mehr überboten werden kann. Am Schlusse dieses kaiserlichen Subtilen heißt es: „Unabhängig wählen politische Selbstmörder, Vätergrosenungen und Judengenossen.“ Für diese Lüberei zeichnet verantwortlich ein G. Mehlner, Lichterfelde-Str. Der Verfasser soll aber ein Berliner Stadtparochener der Deutschnationalen sein. — So sieht die Parteil der Kaiserhofes, der Gottesfürchtigen, der Deutschnationalen aus! Diese Bande beschimpft die Arbeiter als Vätergrosenungen, Genossen, mezt Euch das! Von wem werden die Deutschnationalen geführt? Im Reichstage von dem Kaiserminister und Bismarckens Helferin und dem Steuerminister und Geldschrankführer von Kerckhoff. Im Landtage führt die Bauernpartei den

ehemalige Kaiserminister Hergl. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind die Führer der Kaiserpartei und der politischen Erbkönig der fromme Steiniger, der christliche Pastor Koch und der Hausagrarier Wege. Merkt auch diese deutschnationalen Führer, die in einem Wahlflugblatt erklären lassen, daß die Wähler unserer Partei sich aus Achtungsjungen, politischen Selbstmördern und Judengenossen zusammensetzen. Arbeiter und Arbeiterinnen, gebt der Kaiserpartei am 20. Februar die richtige Antwort!

Samuel Gompers wiederum Präsident der amerikanischen Gewerkschaften. Auf der Jahreskonferenz aller amerikanischen Gewerkschaften wurde Samuel Gompers nach heftigster Kampfe wieder zum Präsidenten gewählt.

Deutsche Vertretung in Japan. In Yokohama ist ein deutsches Konsulat eröffnet worden, mit dessen Leitung der Botschafter Sell beauftragt wurde.

Kommunistenverhaftungen in Marseille. Nach Pariser Blättermeldungen aus Marseille sind dort vier Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Auch diese Verhaftung steht im Zusammenhang mit den in Paris eingeleiteten Untersuchungen über die kommunistische Propaganda.

Das neue griechische Ministerium. Die endgültige Zusammenlegung des neuen griechischen Kabinetts lautet nunmehr wie folgt: Ministerpräsident und Außenminister: Calogeropoulos; Krieg: Sunaris; Finanzen und Ernährung: Protopoulos; Unterricht: Palms; Verkehr: Radoschakis; Inneres und Verkehrswesen: Tsaldaris; Justiz: Theotokis; Marine: Kallias der Jüngere. — Die griechische Kabinettskrise entstand durch einen Konflikt innerhalb der Regierung über die Entsendung der Delegation zur Londoner Orientkonferenz.

Die türkische Delegation für die Londoner Konferenz besteht aus dem Großwesir, vielleicht auch dem Minister des Innern, Sefa Bey, ferner aus den türkischen Vertretern in London und Rom, Reischid Pascha und Osman Rizani Pascha. Die Kemalisten haben bisher kein Mitglied für die Delegation ernannt. — Bekanntlich verlangt Kemal Pascha eine direkte offizielle Einladung seiner Regierung in Anzora durch die Entente. Diese ist bisher nicht erfolgt.

Aus der Internationale

Der Ausschluß der italienischen Zentristen

Der Berliner „Rote Fahne“ zufolge hat das Exekutivkomitee der 3. Internationale der neuen kommunistischen Partei Italiens mitgeteilt, daß sie die einzige Sektion der kommunistischen Internationale in Italien sei. Durch die Vereinigung der „Einheitskommunisten“ mit den Reformisten habe Serrati gesagt, daß er den bürgerlich-reformistischen Elementen näher stehe als den proletarischen Kommunisten. Die ganze kommunistische Internationale werde daraus die notwendigen Folgerungen ziehen.

Damit bestätigt also Moskau den schon von dem bulgarischen Delegierten in Livorno ausgesprochenen Ausschuß der alten italienischen Partei aus der kommunistischen Internationale.

Öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr:

2. Bezirk: Schulaula, Wallstraße 15.
7. Bezirk (16. Abt.): Schulaula Littenauer Straße.
Weihenstepfer: Gemeinde-Turnhalle, Viktoriuststraße 23-25.
Wilmersdorf: Viktoria-Kunsthalle, Uhlendorf. Ede Gasseiner Str.

Freitag, abends 7 Uhr:

12. Bezirk: Schulaula, Senefelder Straße 6. Die Mitglieder der 2. und 4. Abteilung werden besonders aufmerksam gemacht.
Spandau: Lokal Koch, Feldstraße (Bismarckplatz).
Fahrendorf-Ullensende: Bohn, Grünauer Straße, 1/8 Uhr.

10. Bezirk. Am 7. Februar fand in Büttners Festhallen eine öffentliche Frauenversammlung statt. Der Saal war gut gefüllt. Genossin Ditz zeigte in ihrem Referat, wie sich jetzt gerade die Parteien um die Wahlstimmen der Frauen reihen, die bis zur Revolution das kirchliche Volkswort gegen das Frauenwahlrecht waren. Sie schilderte die Verbrechen der herrschenden Klassen während des Krieges und ihren jetzigen Versuch, sich aus den Schlingen der Kriegsschuld zu befreien. Lebhaftige Zustimmung aus der Versammlung bewies, daß sich die Frauen der Verantwortung ihren Kindern gegenüber bewußt sind und sich bereithalten, am Wahltage die Partei zu stärken, die für alle Forderungen eintritt, die es unseren Kindern ermöglichen, aufrecht, freie und frohe Menschen zu werden. In der Diskussion hob ein Redner den Unterschied zwischen den Worten und Taten der Kirche während und nach dem Kriege hervor, auch der Unterschied zwischen uns und den Rechtssozialisten sowie den Kommunisten wurde kurz dargestellt. Mit einem Hoch auf die Unabhängige Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Wilmersdorf. In der am Dienstag stattgefundenen Frauenversammlung in der Aula der Oberrealschule am Seepark in Wilmersdorf referierte Genosse Krielle. Er gestellte die Kulturfeindlichkeit Preußens, zeigte an Hand von Beispielen den Klassencharakter des Staates und beschloß sich dann eingehend mit dem Lebens- und Wohnverhältnissen der Besitzenden und der Proletarier. Zum Schluß rief er die sehr zahlreich anwesenden Frauen und Mädchen auf zum Kampf um bessere Lebensbedingungen, das mit die Kinder der Arbeiterklasse vermaleinigt davor bewahren werden, wie wir, für die Todfeinde des Proletariats, zu tausenden ihr junges Leben zu opfern, oder als Krüppel aus einem imperialistischen Kriege heimzukehren. Genosse Krielle fand am Schluß allezeitige Zustimmung.

Schmargendorf-Grünwald. Am Montag, den 7. Februar, fand im Schmargendorfer Schützenhaus eine überaus gut besuchte Versammlung statt. Aus den Bezirken Grünwald, Dahlem und Wilmersdorf waren die Genossen in Massen herbeigekommen, um unseren alten verehrten Fritz Jubel zu hören. In 1 1/2 Stunden Rede gestellte Genosse Jubel die verbrecherischen Taten der Deutschnationalen und Volksparteier. Er führte der keinen Parteien mit Spannung lauschenden Versammlung in packender Weise vor Augen, daß die Werkstätten weber von den Demokraten, noch von den sogenannten Reichheits-, Sozialisten und den Kommunisten etwas zu erwarten haben. Einzig und allein die U.S.P.D. könne den ins tiefe Elend hinabgestohlenen Arbeitern, Beamten und Angestellten Rettung aus ihrer verzweifelten Lage bringen. Es sei daher Pflicht jedes Denkenden, am Wahltage dem Kandidaten der einzigen „sozialistischen“ Partei Deutschlands — das ist die U.S.P.D. — seine Stimme zu geben. Starker Beifall dankte dem Genossen Jubel für seine mit jugendlichem Feuer gesprochenen Worte. Wie trefflich Genosse Jubel gesprochen, geht am besten daraus hervor, daß auch nicht ein Diskussionsredner es wagte gegen seine Ausführungen zu sprechen. Alles in allem, für Schmargendorf war diese Versammlung ein großer Erfolg.

Die Ortsgruppe Tempelhof hielt am 7. Februar im Realgymnasium ihre zweite öffentliche Wählerversammlung ab, in der der Genosse Freund die bevorstehenden Landtagswahlen behandelte. In der Diskussion sprachen drei Vertreter der U.S.P.D. und ein jugendlicher, lechterer im Sinne des Referenten. Im Schlußwort nagelte Genosse Freund das arbeiterschädigende Verhalten des einen Diskussionsredners fest, der sich zur Freude der bürgerlichen Elemente, die eine Verurteilung scheuten, in recht gehässigen Ausfällen gegen die U.S.P.D. ergoß, mit Troden und Unwahrheiten herumwerfe, Verleumdungen nicht scheue, also noch und ganz den Beweis erbracht habe, daß er ein wahrer Verräter Moskaus sei. — Trotz der kommunistischen Ausschweifungen oder gerade durch dieselben konnten eine Anzahl neuer Genossen und „Freiheit“ Leser gewonnen werden.

Grosser Lebensmittelmarkt

zu billigen Preisen, soweit Vorrat

Gemüse, Obst	Konserven	Fleisch	Wild, Fische	Kolonialwaren
Weisskohl Pfund 70 ^{ct}	Kohlrabi 485	Fr. Schweinekopf mit Becke... Pfund 13⁰⁰	Hirschfleisch ... Pfund von 9⁰⁰	Braune Bohnen ... Pfund 110
Möhren Pfund 30 ^{ct}	Junge Scholen 675	Fr. Schweineschinken... Blatt 16⁰⁰	Hasen Pfund 11⁵⁰	Weisse Bohnen ... Pfund 115
Kohlrüben Pfund 25 ^{ct}	Pfefferlinge 6⁰⁰	Schweinerücken... -Banch... Pfund 17⁰⁰	Rehblätler Pfund 13⁵⁰	Viktoria-Erbisen ... Pfund 165
Märk. Rüben Pfund 60 ^{ct}	Tomatenpüree 5⁰⁰	Gehacktes Rindfleisch... Pfund 13⁰⁰	Kanindien Pfund 8⁵⁰	Erbsmehl Pfund 175
Blumenkohl Kopf von 1⁵⁰	Bruchspargel ohne Kopf... 3⁵⁰	Suppenfleisch Pfund 13⁰⁰	Kabiau Pfund 3⁵⁰	Hülsenfrüchte geschält... Pfund 2²⁵
Mandarinen Pfund 5⁰⁰	Apfelmus 4⁵⁰	Schworfleisch mit Knochen... Pfund 14⁰⁰	Schellsisch Pfund von 2⁵⁰	Haferlocken Pfund 2⁰⁰
Orangen 50ck von 45 ^{ct}	Bredbohnen 4-Pfd.-Dose 11⁰⁰	Halbsvorderfleisch... -Rücken... 13⁰⁰	Grüne Heringe Pfund 2⁵⁰	Nudeln Pfund 7⁰⁰
Rotwurst Pfund 17⁰⁰	Landleberwurst Pfund 19⁵⁰	Fleischwurst Pfund 21⁰⁰	Zervelatwurst Pfund 27⁰⁰	Salami Pfund 27⁰⁰
Briekäse Pfund 7⁵⁰	Landkäse Pfund 7⁴⁰	Ausl. Harzerkäse Pfund 9⁷⁵	Bückinge Pfund 4⁰⁰	Schmalz Volheringe Pfund 95
Goudakäse Pfund 10⁰⁰	Schmaiz garantiert rein Pfund 12⁵⁰	Kaffee frisch gebrannt Pfund 19⁵⁰	Margarine Pfund 10²⁵	Reis Pfund 2⁹⁵
Koch-Rotwein auch für Bouillon und Glühwein geeignet Fl. 675 10 Fl. 65⁰⁰	1918^{er} Edenkoberer 1/2 Fl. 10 Fl. 10⁰⁰ 95⁰⁰	1918^{er} Langsurer Berg 1/2 Fl. 5 Fl. 15⁰⁰ 70⁰⁰	1918^{er} Musch. Büschelw. 1/2 Fl. 5 Fl. 17⁵⁰ 82⁰⁰	1919^{er} Neustädter Böhle 1/2 Fl. 5 Fl. 20⁰⁰ 95⁰⁰
	1918^{er} Montagna 1/2 Fl. 10 Fl. 10⁰⁰ 95⁰⁰	1917/18^{er} Ingelsh. Rotw. 1/2 Fl. 5 Fl. 14⁵⁰ 70⁰⁰	1917^{er} Burg. Beaujol. 1/2 Fl. 5 Fl. 27⁰⁰ 132⁰⁰	Neudecker Weinbrand und Jamaika-Rum 40° 1/2 Fl. 5 Fl. 56⁰⁰

Preise einsch. Flasche 20% Sauerzucker auf Wein

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee
Allein-Verkauf für Zirkus Sarrasin

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: **Roth Damaskus II. u. III. Teil**

Neues Volkstheater
8 Uhr: **Marie Magdalene**

Staatstheater
8 Uhr: **Die Sterne**

Deutsches Theater
8 Uhr: **Die Sterne**

Kammerpiele
8 Uhr: **Die Sterne**

Großes Schauspielhaus
7 Uhr: **Die Sterne**

Rönniggraber Str.
7 Uhr: **Die Sterne**

Berliner Theater
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Lady Windermere's Fächer
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Kleines Theater
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Theater am Rollendorfsplatz
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Wenn Liebe erkrankt...
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Rönniggraber - Theater
8 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Briefmarken :: Münzen

kauft Großmann, Johannisstr. 4
Zugang z.B. Reichsbank 1921, Norden 108 21

12 enorm billige Inventur-Verkaufstage
vom 31. Jan. bis 12. Febr.

Berfer u. Deutsche Teppiche
Mittellose, Karbisen, Kufertische, Tisch- und Planddecken, Teppichdecken, Steppdecken, Teppichläufer empfiehl.

Teppich-Spezialhaus
Emil Seifert
Berlin-Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Echter franz. Cognac

Deutscher Weinbrand, hochrein, Fl. 48,50 ex., 1/2 Fl. 25, - ex. Weinbrand-Verkauf Fl. 45,50 ex., Zweifelhafte Fl. 51, - ex. Jamaika-Rum Fl. 52,50, Russ. Hasch Fl. 52,50, 1/4 Fl. 27,50

J.F. Rauch
Idealster und billigster Ristenverschluss-Apparat

Rollmops

Mestern-Ventilator
Berlin - Wilmersdorf, Sächsische Straße 44
Tel.: Meiereienstr. 112. - Fernsprecher: 113 und 1215.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige
Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:
Der Kamerad **August Schultze**
am 7. d. Mts. Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 1/3 Uhr, im Krematorium, Baumhüttenweg, statt.
Der Kollege **Albert Krause**
am 6. d. Mts. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im Krematorium, Baumhüttenweg, statt.
Keine Beteiligung wird erbeten.
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kamerad **Jakob Walter**
am 21. Januar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl billiger Preise.
1. Morgenstr. 37 (Kolonnaden)
11. Or. Frankf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlendung sofort Zentrum 7000 Sonntags geschlossen.

Oskar Fritsch
im 55. Lebensjahr.
Die Einäscherung findet am Sonntag, den 12. d. Mts., mittags 12 Uhr im Krematorium Gerichter, statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Bezirksvorstand.
Dauerwache repariert von Reichberger Straße 7.

Kreditsanleihe wird zu 8 1/2% in Zahlung genommen!

Pelz- u. Plüsch-Woche!!

Auffallend billig!

Polzmäntel 2030, 5030	Plüschmäntel 650, 1000
Astrachanmäntel . . . 350, 525	Krimmormäntel . . . 825, 1080
Sealplüschmäntel . . 1950, 2700	Modell-Plüschmäntel jetzt 1000
Gummimäntel für Damen . 392	Gummimäntel für Herren . 475
Impr. Seidenmäntel . . . 250	Covertoutmäntel . . . 212 - 299
Kostüme 145 - 1200	Sportjacken 45 - 295
Gesellschaftskleider . 350 - 900	Stoffröcke 64 - 300

Da die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre und Vertrauensleute aller Gemeindebetriebe Groß-Berlins

Donnerstag, den 10. Februar 1921, abends 7 Uhr, in der Bögow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242

Allgemeine Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:

- Bericht über den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses vom 9. Februar er.
- Diskussion und Beschlussfassung über etwaige Maßnahmen

Zutritt haben nur Funktionäre der untergeschalteten Organisationen unter Vorzeigung ihres Ausweises und Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltungen:
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
Deutscher Transportarbeiter-Verband,
Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verband der Maschinisten und Heizer,
Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter,
Zentralverband der Angestellten.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zeitweise starker Andrang.

Soeben erschienen!

G. SINOWJEW

VOM WERDEGANG UNSERER PARTEI

(Verlag gehalten in einer Versammlung der kommunistischen Parteifunktionäre in Petrograd, einzige vom Verfasser autorisierte Ausgabe 82 Seiten Preis 1,20 Mark)

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Heym Nachf. Louis Cohnhey, Hamburg 11

Neue Welt
ARNOLD SCHOLZ
Hasenheide 108 - 114
Heute, Donnerstag, 10. Februar
bayr. Bierfest
Grosses Schweineschächten
Abend 6 Uhr: 6 Kapellen / 20 bayr. Mädl.

Groß-Berlin

USPD. und die Wiedergutmachung

Die Berliner Parteioffiziere veranstalten am kommenden Sonntag, vormittags 9 Uhr, drei große öffentliche Versammlungen, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werden. Einen Hinweis auf die Veranstaltung finden unsere Leser auf der dritten Seite des Hauptblattes.

Die Verstädtlichung des Anschlagwesens

Das öffentliche Anschlagwesen war stets an eine Privatfirma von Raud u. Hartmann verpachtet. Die Pachtzeit lief auf 10 Jahre. Unsere Genossen haben während im Rathaus darauf hingedringt, das öffentliche Anschlagwesen in den Betrieb der Stadt zu überführen. Sie fanden aber stets die heftigste Gegenwehr der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit, die dem Kapitalprofit nicht wehe tun wollten. So kam es, daß die Firma Raud u. Hartmann seit Jahrzehnten ein Monopol in Berlin hatte. Millionen über Millionen hat diese Firma verdient. Als der Krieg kam und der öffentliche Anschlag durch Einstellung vieler Betriebe zurückging, suchten Raud u. Hartmann das Risiko auf die Stadt abzumwälzen. Sie hielten mit ihrer Pachtzahlung im Rückstand und ließ sich deswegen von der Stadt verklagen. Nach vielen Terminen kam es schließlich zu einem Vergleich. Um der Firma die Möglichkeit der Begleichung der aufgelaufenen Restschulden zu bieten, wurde ihr eine außerordentliche Tarifierhöhung zugestimmt, aus der sie die laufende Pacht und auch Abzahlungen der Restschulden leisten konnte. Schon längst war in Stadtverordnetenkreisen die Meinung vorhanden, daß es nicht mehr möglich sei, mit Raud u. Hartmann weitere Verträge zu schließen. Selbst bürgerliche Stadtverordnete konnten sich der nicht entziehen. Nun läuft Ende März der zehnjährige Pachtvertrag ab und es ist soweit, das Anschlagwesen in öffentliche Hand zu nehmen. Die Säulen sind Eigentum der Stadt und es ist nun nicht schwer, den Betrieb zu übernehmen. Das soll auch geschehen. Aber das Anschlagwesen steht in engstem Zusammenhang mit der Plakattruckerei, ist mit ihr eng verbunden. In diesen Vorberatungen, die schon im Anfang zurückliegen, haben unsere Genossen in der Tiefbauverwaltung und bei anderen Gelegenheiten auf die Notwendigkeit einer eigenen Druckerei hingewiesen, wie das in Neudamm und anderen Orten bereits der Fall ist. Jetzt ist es gelungen, auch in Berlin Presse zu legen und mit Übernahme des Anschlagwesens eine eigene Druckerei zu verbinden. Die Plakattruckerei Raud u. Hartmann würde dann arg ins Gedränge geraten und kaum in der Lage sein, ihren Betrieb so fortzuführen zu können wie bisher. Sie hat deshalb der Stadt das Angebot gemacht, ihre Druckerei käuflich zu übernehmen zu einem Preise von 1 1/2 Millionen Mark. Der Magistrat hat zugestimmt und die Stadtverordnetenversammlung soll das heute tun. Sie wird es auch, nicht ohne noch Widerstand von bürgerlicher Seite zu finden. Um das neue Unternehmen nicht in enge bürokratische Formen zu spannen, soll es den Charakter einer G. m. b. H. erhalten. Man sieht: Ausdauer führt schließlich doch zum Ziel.

Eltern taubstummer Kinder!

Der Taubstummen-Partei-Bund hält am Freitag, 11. Februar, im Bürgerlaale des Rathauses, Königsstraße, eine große öffentliche Versammlung ab. Thema: Die Schulreform für Taubstummen-Anstalten. Keine Eltern taubstummer Kinder dürfen fehlen. Für Dolmetscher ist Sorge getragen.

Osthafen und Magistrat

Der Magistrat nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zu den Wünschen auf dem Osthafen. Trotzdem die Unternehmung noch nicht abgeschlossen ist, wurde auf Grund der bisher festgestellten Verhältnisse beschlossen, die Direktion und den Betrieb sofort zu entlassen. Die Unternehmung wird mit Hilfe der Staatsanwaltschaft fortgeführt. Es handelt sich hierbei nicht um solche Diebstähle, die als Mordraub bezeichnet werden, sondern um größere Quantitäten. Ueber das Ergebnis der Untersuchung und die Zustände auf dem Osthafen wird in einer der nächsten Stadtverordnetenversammlungen berichtet werden. Die Direktionsgeschäfte des Osthafens sind bis auf weiteres auf Beschluß des Magistrats dem Stadtrat Schäning übertragen worden. Das Hafen- und Schiffsamt wird unverzüglich vom Stadthaus nach dem Osthafen verlegt werden.

Kommissarische Direktion für die Berliner Straßenbahn

Der Magistrat hat in der gestrigen Sitzung denormaligen Profurzisten und kaufmännischen Leiter der Bahnabteilung der K. G. V. P. D., sowie den Oberingenieur Pfarr, den langjährigen Chefingenieur der Straßenbahn Buenos Aires, dann Hamburg, vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung der Direktionsfrage, zu kommissarischen Direktoren der Berliner Straßenbahn ernannt. Die Ernannungen wurden bereits vor längerer Zeit, auf Veranlassung der Verkehrsdeputation, mit der kaufmännischen bzw. technischen Reorganisation der Straßenbahn beauftragt.

Das Lazarett in Tegel geräumt

Nach Tempelhof Tegel, in beiden Fällen durch den wahrscheinlich besonders dazu berufenen „Spezialisten“ Dr. Saar für die Verbringung der Gefangenen ist durch tüchtige Darstellungen in der bürgerlichen Presse gelangt. Vor den Wahlen will man die Abhaltung der Kriegesbeschädigten nicht allzu offen betreiben. Um das bei einigen bürgerlichen vielleicht noch vorhandene Schamgefühl zu beschwichtigen wird jetzt verbreitet, die Infassen des Lazaretts hätten die Infassen verprügelt und medizinische Instrumente geraubt, obwohl nicht das geringste daran wahr ist.

Ein Opfer der Auslösung. In der Nähe des Kaiserpavillons in Tegel wurde gestern der ehemalige Leutnant Kretzel mit einer Stichwunde in der Brust schwerverletzt aufgefunden. Man fand Papiere und Briefe in den Taschen seiner Kleider, die darauf hinweisen, daß Kretzel sich die Stichwunde selbst beigebracht hat. Kretzel starb noch im Laufe des Vormittags. Er war im Kriege Kamerad verwundet worden und gehörte zu den Infassen des Lazaretts in Tegel, das er jetzt verlassen mußte. Kretzel fürchtete, daß er anderweitig nicht unterkommen könnte und hat aus Angst vor Verelendung seinem Leben ein Ende bereitet.

Milchbelieferung. Am 11. und 12. d. M. werden die 1/2-Liter-Krankentypen voll beliefert, die 1/2-Liter-Krankentypen erhalten an beiden Tagen nur 1/2 Liter Frischmilch. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung besteht nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchwirtschaftsamt angegeschlossen sind.

In den Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Stadtags, am 7. und 8. Februar, wurde eine umfangreiche Tagesordnung erörtert. Zu erwähnen ist, daß beschlossene wurde, Anfang Juni in Stuttgart eine Mitgliederversammlung des Deutschen Stadtags abzuhalten. Ferner wurde Hauptgewähl: in den Vorstand des Deutschen Städte- und Oberbürgermeister Böck-Berlin und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wegl-Berlin; in den Vorstand des Preussischen Stadtags Oberbürgermeister Böck-Berlin und Stadtsyndikus Lange-Berlin.

4. Verwaltungsbezirk (Brenzlauer Tor). Gestern Abend wurde die Wahl der Bezirksverwaltung vorgenommen. Die Bezirksverordneten waren stark vertreten, es fehlten nur zwei. Fast alle Stimmen, bis auf die der Deutschnationalen, wurden abgegeben für die Kandidaten der U.S.P.D. und der S.P.D. Nur dem Kandidaten der Kommunisten fehlten die Stimmen der Sozialdemokraten. Gewählt wurde in dem Bezirksamt als Bürgermeister Paul John (U.S.P.D.), als Stellvertreter Karl Bauer (S.P.D.); als Stadträte Joseph Tilius (U.S.P.D.), Eugen Rosemann (U.S.P.D.), Hans Weber (S.P.D.), Paul Gehre (S.P.D.) und Baurat Schneider (Deutsche Volkspartei). Die Wahl der unbesetzten Mitglieder wurde durch Abstimmung vorgenommen und erhielt die Liste Wills Hoffmann, die von der Kommission zusammengestellt wurde, die Mehrheit der Stimmen. Eine besondere Liste der Deutschnationalen erhielt so wenige Stimmen, daß diesen kein Mandat zufällt. Es wurden gewählt 2 Unabhängige, 1 Rechtssozialist, 1 Kommunist, 1 Demokrat und 1 Mitglied der Deutschen Volkspartei. Die Bormahme der Wahl erfolgte verhältnismäßig ruhig und gab zu Störungen keinerlei Anlaß. Die Beratungen, die unter den Parteien vorher getroffen waren, wurden durchweg innegehalten. Die S.P.D. hatte vorher bereits in der Kommission erklärt, den Kommunisten

Paul Gehre nicht wählen zu können und gab deswegen weiche Jettel ab, ebenso wie die Deutschnationalen sich an die Beratungen nicht gebunden hielten, weil sie vollständig ausgeschlossen waren.

3. Verwaltungsbezirk, Friedrichshain. Sitzung der Stadt- und Bezirksverordneten, am Sonnabend, abends 7 Uhr, bei Hall, Friedersdorfer Str. 18. Die Vorsitzenden der kommunalen Kommissionen sind eingeladen.

14. Verwaltungsbezirk (Neudamm). Am Montag, den 14. Februar 1921, abends 8 Uhr, finden die Wahlen des Bezirksamts 14 (Neudamm) statt. Bei der Zusammenziehung der Parteien kommt es auf jede einzige Stimme an. Es muß daher jeder unterer Bezirksverordneten unbedingt pünktlich erscheinen.

Kein Abbau der Milchwirtschaft. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird den V. B. R. geschrieben: In weiten Kreisen der Öffentlichkeit wird immer wieder die Meinung verbreitet, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft für Milch im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist irrig. Um dem steigenden Bedürfnis nach Milch gerecht zu werden, wird darauf hingewirkt, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Vorschriften, insbesondere der bestehenden Lieferungsverbindungen, im Wege der Lieferungsverträge mehr Milch für die milchverzehrende Bevölkerung zu beschaffen. Für Butter gilt das gleiche, da Milch und Butter organisch zusammengehören, und eine abweichende Regelung der Butterwirtschaft die notwendige Frischmilchversorgung der Kinder und Kranken nach Ansicht der Regierung ernstlich gefährden würde.

Zu dieser Erklärung ist bemerkt, daß die Milchlieferung der Städte immer noch zu wünschen übrig läßt. Hält die jetzt reichliche Futterversorgung an, so dürfte das mit der Zeit doch auch auf die Futtererzeugung und Futterpreise nicht ohne Einfluß sein. Leider muß erneut darauf hingewiesen werden auf den unterhörsen Zustand, daß wir zwar noch die Zwangswirtschaft für die Inlandsbutter haben, daß sie aber kaum noch beachtet wird. Wir in Berlin erhalten seit Monaten keine Inlandsbutter mehr übermessen, wie das in vielen anderen Gemeinden noch heute der Fall ist. Die Butter wird hinunterherum verschoben. Ihr Preis war allerdings durch die billigeren Schmalzpreise im Sinken. Diese Tendenz ist wieder aufgehalten worden, da die Schmalzpreise wieder angezogen haben. Gehen letztere wieder zurück, werden die Butterpreise fallen müssen oder die Milchlieferung wird fehlen. Jedenfalls ist der heutige Zustand ein unbilliger.

Die Elternbeiträge finden noch immer harten Widerstand. Manche Schulleiter können sich an das Verleihen der Elternbeiträge und an ihre Tätigkeit nicht gewöhnen. Besonders unzufrieden ist der Rektor der 51. Mädchen-Gemeinschaftsschule mit dem dort amtierenden Elternbeirat. Aber auch diesem Herrn wird klar gemacht, daß die Eltern hinter dem Beirat stehen und nicht gewillt sind, ihre Kinder solchen Schulleitern anzuvertrauen. Dazu findet am 11. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula Schönfließerg. 7 eine Versammlung statt, zu der alle Eltern eingeladen sind.

Einrichtung religionsloser Klassen in Neudamm. Zum 1. April 1921 wird es nicht möglich sein, neue Schulen ohne Religionsunterricht einzurichten. Es wird jedoch beabsichtigt, Klassen für Fernanfertiger ohne Religionsunterricht außer an den bisherigen sechs Schulen auch an denen am Herdbergplatz und in der Pöddingstraße einzurichten. Kinder der übrigen Klassen können für eine Ueberweisung an Schulen ohne Religionsunterricht dann in Frage kommen, wenn die Anmeldung zum Religionsunterricht bis zum 1. März d. J. erfolgt ist und die Durchführung der Umschulungen technisch sich ermöglichen läßt.

Proletarisches Theater. Unter dem Thema „Wie lange noch bürgerliche Gerechtigkeit“ veranstaltet das Proletarische Theater vorläufige Aufführungen. Nach einer Ansprache wird aus Werken des revolutionären Dichters Franz Jung, die er im Gefängnis geschrieben hat, gelesen. Ferner gelangt das Schauspiel „Wie lange noch?“ von Franz Jung zur Aufführung. Die Vorstellungen finden statt: Sonnabend, den 12. abends 7 1/2 Uhr in Lichtenberg, Schulaula, Marktstr. 2, Sonntag, den 13. abends 7 1/2 Uhr, Logentheater, Bodstr. 39, abends 7 1/2 Uhr Altema Festsäle, Halenheide 18. Karten zu 4 M., für Arbeiterbesuche zu 1 M. an der Kasse, für Mitglieder des Proletarischen Theaters gegen für Februar geliebte Karte. Lieben auch an der Kasse.

Beerdigung hat den 78 Jahre alten Tischler Hermann Sühle aus der Pöddingstraße in den Tod getrieben. Der Mann fand ganz allein da. Die Verlassenheit machte ihn schwermütig und er überlebte wiederholt Lebensüberdruß. Gestern erhängte er sich.

Gasvergütung zweier Freundinnen. Die 21jährige Else Garatz und die gleichaltrige Frieda Müller aus Spandau wurden Dienstag in der Wohnung der erstere in der Bienenstraße tot aufgefunden. Das Schlafgemach war mit Gas angefüllt. Nach den angestellten Ermittlungen liegt lediglich ein Unglücksfall vor. Fräulein Müller hatte ihre Freundin besucht und war dort über Nacht geblieben.

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew
Deutsch von Dr. D. J. Petzsch

I.

Gewöhnlich pflegte ihm alles zu gelingen, was er unternahm, aber in den drei letzten Tagen gestalteten sich die Dinge äußerst ungünstig, ja feindlich. Als ein Mensch, dessen noch nicht langes Leben einem ungeheuren, gefährlichen wilden Hazardspiel ähnelte, kannte er diese Möglichkeiten des Glückswechsels und verstand, damit zu rechnen: — als Spiel-einsatz galt ihm das Leben selbst, sein eigenes und auch fremdes, und schon dieser Umstand allein gewöhnte ihn an Aufmerksamkeit, schnelle Ueberlegung und an eine kaltblütige, entschlossene Voraussetz.

Auch jetzt galt es, sich aus der Affäre zu ziehen. Ein Nichts, ein Zufall, eine von den geringfügigen Zufälligkeiten, die man nicht voraussehen kann, führte die Polizei auf seine Spur; und nun machten schon volle zweimal 24 Stunden hindurch die Detektiven unausgesetzt Jagd auf ihn, den bekannten Terroristen und Bombenwerfer, indem sie ihn beharrlich in einen enggeschlossenen Kreis trieben. Eins um das andere der Verschwörerquartiere, in welchem er sich verborgen wollte, wurden ihm abgeschnitten, frei blieben nur noch einige Straßenzüge und Restaurationen, aber die fürchtbare Ermüdung nach zweitägiger Schlaflosigkeit und infolge der äußersten Anspannung der Aufmerksamkeit bildete eine neue Gefahr; er könnte irgendwo auf einer Boulevardbank oder gar in einer Droschke einschlafen und auf die dümmste Weise als ein Betrunkener zur Polizeiwache geraten. Das war am Dienstag — und am Donnerstag, also nach kaum einem Tage, fand die Ausführung eines sehr bedeutenden terroristischen Anschlags bevor. Mit den Vorbereitungen zu einem Mord war im Laufe längerer Zeit seine ganze, nicht allzu große Organisation beschäftigt, und die „Chre“, diese letzte entscheidende Bombe zu werfen, war eben ihm vorbehalten. Es galt also am jeden Preis, sich zu halten.

Damals war es also, an einem Oktoberabend, als er sich an der Kreuzung zweier beleuchteter Straßen entschlossen hatte, in jenes Freudenhaus in der ... gasse zu fahren. Er würde schon selber zu diesem, übrigens nicht ganz verlässlichen Anstaltsmittel gezwungen haben, wenn ihm nicht ein Umstand hinderlich gewesen wäre: trotz seiner leibhaftig zwanzig Jahre war er nämlich noch unterzucht geblieben,

er kannte gar nicht „solche“ Frauen und ist nie in einem öffentlichen Hause gewesen. Einmal mußte er mit seinem rebellierenden Blute einen schweren und langwierigen Kampf ausfechten, aber allmählich wurde ihm seine Enthaltensamkeit zur Gewohnheit und es stellte sich ein ruhiges, vollkommen gleichgültiges Verhältnis zum Weibe ein. Nun aber, vor die Notwendigkeit gestellt, in eine so nahe Berührung mit einer Frau zu kommen, die die Liebe als Beruf ausübt — empfand er eine Reihe eigentümlicher und äußerst unangenehmer Sensationen. Er beschloß, im äußersten, unermesslichen Falle, sich mit der Prostituierten einzulassen, denn jetzt, da sein Blut nicht mehr so heiß rollte, jetzt, da ihm ein so wichtiger und ungeheurer Schritt bevorstand, verloren die Unberührtheit und der Kampf um sie für ihn ihren Wert. Immerhin war es widrig, wie eben irgend eine unangenehme Kleinigkeit, durch die man hindurch muß, widrig zu sein pflegt.

Eines Tages, nach Ausführung eines wichtigen, terroristischen Anschlages, bei welchem er als ein zweiter Bombenwerfer für jeden Fall mitzuwirken hatte, erblickte er ein getötetes Pferd mit einer zerrissenen Kruppe und herausgefallenen Gedärmen, und dieses schmutzige, widerliche, unnötig-unvermeidliche Detail löste ihm damals eine in ihrer Art sogar unangenehmere Empfindung ein, als der Tod seines Kameraden an den Folgen eben jener geschleuderten Bombe. So ruhig, furchtlos, ja sogar freudig er diesem Donnerstag entgegenjah, an dem er aller Voraussicht nach würde sterben müssen, ebenso ungerrint kam ihm die bevorstehende Nacht mit einer Frau vor, der die Liebe ein Gewerbe ist; ungerrint und erfüllt von etwas Unsinntigem, wie eine Verdröpfung eines kläglichen, vernunftlos-wirren, ellig-schmutzigen Durcheinanders.

Aber er hatte keine andere Wahl. Und er schwankte schon vor Müdigkeit.

II.

Es war noch ganz früh, als er ankam — so gegen zehn —, aber der große, weiße Saal mit vergoldeten Stühlen und Spiegelansatzungen war für den Empfang der Gäste bereit und alle Lichter brannten schon. In dem Hölzchen mit geklümmertem Dackel sah der Klostermeister, ein junger, sehr distinguiert aussehender Mensch im schwarzen Stratez — denn das Haus war eins von den teuren — und rauchte. Um seinen Anzug nicht zu beschmutzen, strich er jedesmal behutsam die Ärmel vor seiner Zigarette ab und blätterte in den Notizen, und in der ersten halbdunklen Empfangszimmer

zunächstgelegenen Ecke saßen auf drei Stühlen nebeneinander drei Mädchen, die sich leise über etwas unterhielten. Als er mit der Wirtin eintrat, erhoben sich zwei der Mädchen, möhrent die dritte sitzen blieb. Die ersten waren stark dekolletiert, während die Sitzende ein hochgeschlossenes, schwarzes Kleid trug. Jene beiden sahen ihn mit gleichgültig müden, und doch herausfordernden Blicken gerade an, während diese sich abwandte, wobei sie ein einfach-ruhiges Profil zeigte, wie etwa ein in Sinnen versunkenes, anständiges junges Mädchen. Offenbar ist sie es gewesen, die den Genossen irgend etwas erzählt hatte, und nun dachte sie über ihre Erzählung nach und erzählte vielleicht schweigend weiter. Und weil sie schweigend und sanft, und weil sie ihn nicht ansah und ... weil sie allein das Aussehen eines anständigen Weibes hatte ... wählte er sie. Er war nie zuvor in einem dieser gebildeten Häuser gewesen und wußte nicht, daß in jedem derartigen gut geführten Haus stets eine, selbst zwei solcher Frauen vorhanden sind. Sie pflegen, gleich Nonnen oder jungen Witwen, in Schwarz gekleidet zu sein, haben fleißige, ungeschminkte und selbst strenge Züge und ihre Aufgabe besteht darin — die Absorption der Wohlstandskindheit bei jenen zu erzeugen, die sie hier suchen. Sobald sie sich aber mit Männern ins Schlafgemach zurückziehen und sich antrinken, werden sie ebenso wie die übrigen und sogar noch gemeiner; sie verursachen oft Skandale, zerschmettern das Geschütz, tanzen bisweilen ganz nackt und stürzen sich in nachdem Zustand in den Saal, ja oftmals schlagen sie sogar die allzu zudringlichen Besucher. Das sind ja die Weiber, in die sich junge, betrunkenen Studenten verlieben, worauf sie sie zu überreden trachten, ein neues, christames Leben zu beginnen.

Aber das alles wußte er nicht. Und als sie sich widerwillig erhob und düstere, unzufrieden ihn mit ihren beschatteten Augen ansah, wobei sie ganz eigentümlich schief ihn mit ihren bleichen, mattblauen Zügen streifte, mußte er wieder denken: „Nein, wie anständig sie aussieht, wirklich!“ und empfand dabei eine Erleichterung. Aber er setzte jene ewige und unvermeidliche Verstellung fort, die sein Leben zusehends teilte und es der Bühne näherte, glitt mit übertriebener, süßerhafter Bewegung schief vor, wobei er auf die Köpfe zurück-schnellte, schmolzte mit den Fingern und redete das Mädchen im aufgeregten Tonfall eines erschrockenen Kindes an:

„Nun, mein Rücken? Gehen wir zu dir? Wo ist dein Kleider?“

„Sagt gleich?“ vorlegte verwundert das Mädchen mit eisernen Augenbrauen. (Fortsetzung folgt.)

